

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Hermann Scheer MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion, zur Kanzlerrede vor der UNO: Friedenspolitik fortsetzen.

Seite 1

Hans Böhler MdB, Obmann der SPD-Fraktion im innerdeutschen Ausschuß, zum 17. Juni 1953: Realitätssinn statt Illusionen.

Seite 3

Klaus Thüsing MdB, Mitglied der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe, zum Krieg gegen die Palästinenser.

Seite 5

Robert Antretter MdB, Mitglied im Verkehrsausschuß im Deutschen Bundestag, zur europäischen Eisenbahnpolitik: Weichen auf Grenzüberschreitung.

Seite 6

Dokumentation

Björn Engholm, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, appelliert an die Unternehmer: Betriebe die ausbilden können, müssen dies auch tun.

Seite 8

37. Jahrgang / 111

15. Juni 1982

Sozialdemokratische Friedenspolitik fortführen

Die Mehrheit der Bundesbürger findet sich in der Kanzlerrede vor der UNO wieder

Von Hermann Scheer MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Die 80er Jahre sollten nach dem Willen der Sozialdemokraten ein Jahrzehnt der Abrüstung werden, um die Entspannungspolitik verstetigen zu können und uns auf die Lösung drängender Überlebensprobleme der Menschheit konzentrieren zu können. Die 80er Jahre begannen mit dem Bericht der Nord-Süd-Kommission unter dem Vorsitz Willy Brandts. Zwei Jahre später, als der Bericht der Palme-Kommission veröffentlicht wurde, finden mehrere Kriege statt und gibt es Aufbäumen gegen die Bedrohungen des atomaren Rüstungswettlaufs. Mit anderen Worten: Die 80er Jahre begannen nicht als Jahre der Abrüstung, sondern der Spannung und Aufrüstung.

Inzwischen gibt es angesichts begonnener und beginnender Verhandlungen zwischen den Weltmächten wieder Hoffnung. Dies geht im wesentlichen zurück auf die unbeirrten Bemühungen des sozialdemokratischen Bundeskanzlers, in widrigsten internationalen Bedingungen gegen umfassende Widerstände die Entspannungspolitik und politische Vernunft aufrechtzuerhalten - eine Entspannungspolitik, die Voraussetzung für jeden Erfolg in der Rüstungsbegrenzung ist. Und es geht zurück auf das Entstehen der Friedensbewegungen, insbesondere der in den Vereinigten Staaten, die auf die notwendige rasche Rüstungsbegrenzung immer intensiver drängt und entsprechend auszustrahlen begann. Die Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zur Abrüstung wird ein weiteres Schlüsselement hervorbringen, um den Handlungsdruck auf die Weltmächte zu erhöhen.



Es ist das Verdienst und die besondere Bedeutung der gestrigen Rede Bundeskanzler Helmut Schmidts vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, daß er vor der Weltöffentlichkeit ein friedens- und abrüstungspolitischen Kredo formulierte, das alle notwendigen Zusammenhänge eindringlich aufzeigt:

- Die Fortführung der europäischen Entspannungspolitik und ihre Funktion für eine weltweite Entspannung,
- die Notwendigkeit von Verhandlungen und vertraglichen Vereinbarungen, um der Eskalation von Mißtrauen und Rüstung wirkungsvoll zu begegnen,
- die Forderung nach weltweiter Abrüstung, bei der die Bundesrepublik weniger an der Seite der Atomkräfte im Bündnis und mehr an der Seite der Nichtkernwaffenstaaten steht: "Wir bestehen auf unserem Recht auf nukleare Abrüstung."
- Friedensordnungen, die über Rüstungsbegrenzung hinausgehen und den Krieg als Mittel der Politik verhüten und ausschalten sollen,
- kein numerisches Gleichgewicht, sondern nur ein "ungefährtes" gemäß den eigenen Sicherheitsbedürfnissen und auf dem möglichst niedrigen Niveau, nicht zuletzt von Rüstungsausgaben,
- eine Interessengemeinschaft mit den blockfreien Ländern, um mit diesen zusammen auf Abrüstungsschritte der Weltmächte Druck auszuüben und einzuwirken,
- die Betonung des Stellenwerts des unmittelbaren Friedensengagements der Menschen; eine große Chance, die von den Regierungen aufgegriffen und in internationales politisches Handeln umgesetzt werden muß.

Sozialdemokraten und mit ihnen eine Mehrheit der Menschen unserer Republik finden sich in dieser Rede wieder. Wenn es gelingt, auf dieser Grundlage die sozialdemokratische Friedenspolitik fortzuführen, können die 80er Jahre vielleicht doch noch zu dem Jahrzehnt der Abrüstung werden. (-/15.6.1982/ks/rs)

+ + +



Realitätssinn statt Illusionen

Der 17. Juni mahnt zur Einheit und zum Frieden

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß
für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages

Dort, wo der 17. Juni 1953 zum tragischen Höhepunkt einer sozialen und politischen Auflehnung der Arbeiter wurde, waren die Beteiligten fortan zum Schweigen und Dulden verurteilt. Hier in der Bundesrepublik Deutschland, wo es an diesem Tag nicht einmal tätige Anteilnahme gegeben hatte, werden seit dem Inkrafttreten des "Gesetzes über den Tag der deutschen Einheit" am 4. August 1953 überwiegend realitätsferne Gedenkreiden gehalten.

Es bleibt schwierig mit diesem Tag, dem Tag der deutschen Einheit. Wie soll man einen Tag feiern oder zumindest bedenken, dessen zentraler Inhalt - die Einheit der deutschen Nation - gar nicht existiert? Ist dieser 17. Juni dann also vielmehr eine Art Volkstrauertag? Das wäre denkbar: Ein Volk trauert, weil es gespalten ist, weil es zur Einheit drängt und doch im Interesse eines globalen Ost-West-Gleichgewichts, das heißt im übergeordneten Interesse des Friedens warten muß, bis die geschichtliche Entwicklung günstigere Formen des Zusammenlebens der Menschen in Ost und West bereithält.

Es bleibt schwierig mit diesem Tag, weil er vor allem ein Tag der Niederlage ist. Niederlagen aber begünstigen in uns Geschichtslosigkeit. Oder, um unseren gemeinsamen Goethe im Goethe-Jahr zu zitieren: die Geschichtsbetrachtung vollzieht sich mitunter in der Art, sich das Vergangene vom Hals zu schaffen.

Außerdem, und hier liegt auch eine der Ursachen für die Abkehr von historischer Besinnung und politisch-moralischer Einkehr, widerfuhr dem denkwürdigen Ereignis von den Konservativen eine verfälschende, dem Kalten Krieg und dem Antikommunismus angemessene Interpretation. Dem heute aus den alten Wurzeln hervorschießenden Neokonservativismus, der von starken Kräften in CDU und CSU getragen wird, ist dieser Tag Anlaß, ihre hohlen Phrasen gegen die Sozialdemokratie zu richten. Dabei leugnen sie bewußt die von Willy Brandt schon am 1. Juli 1953 mit aller Klarheit gewürdigte Tatsache, "daß der Volksaufstand in Berlin und in der sowjetischen Zone vom 17. Juni 1953 in erster Linie das Werk der Arbeiterschaft war. Dies verdient darum auch in diesem Zusammenhang noch einmal unterstrichen zu werden, weil in den vergangenen Jahren manch ungerechtes Wort über diese Arbeiter gesagt worden ist, als ob sie den Nacken



unter das Joch der neuen Diktatur gebeugt hätten und als ob es sich bei ihnen um graue Masse ohne eigenen und echten Gestaltungswillen handelte. Diese Arbeiter eben haben sich nicht nur als Mitkämpfer an der Spitze des Ringens um die Einheit in Freiheit bewährt. Sie haben, wie in allen großen revolutionären Krisen, den Kampf um ihre unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Forderungen mit den Interessen der gesamten Nation verknüpft und den Kampf um die Einheit, um unser zentrales nationales Anliegen auf eine höhere Ebene gehoben."

Die Sozialdemokraten haben den 17. Juni 1953 immer auch im Zusammenhang mit der deutschen Teilung gesehen, mit ihren Ursachen und Konsequenzen aus der unseren Volk von den Nationalsozialisten zugefügten Katastrophen.

Im Gegensatz zu den Unionsparteien, die unverhohlen an ihrer Politik der Stärke gegenüber der DDR festhalten, haben die Sozialdemokraten und Liberalen aus dem 17. Juni 1953 die ihre realistische Deutschlandpolitik bestimmende Lehre gezogen, daß die deutsche Teilung weder durch Aufstand im Inneren noch durch Gewalt von außen überwindbar ist.

Von Anbeginn hat die sozialliberale Koalition die Bürger wahrheitsgemäß über die geschichtlichen und gegenwärtigen Bedingungen der nationalen Frage und die vor dem Hintergrund der Teilung Europas vertretbaren Ziele ihrer Politik in Kenntnis gesetzt. Nicht Illusionen, sondern Nüchternheit und Realitätssinn bestimmen die Deutschlandpolitik der Koalition.

Angesichts der internationalen Spannungen und des damit verbundenen Rüstungswettlaufs, bekräftigen wir die zweite wichtige Lehre, die Sozialdemokraten aus dem 17. Juni gezogen haben, daß nämlich die Sicherung des Friedens in Deutschland und Europa vor der Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes rangiert.

Die Geschichte unseres eigenen Volkes, die Geschichte Europas wird uns weder aus der Pflicht entlassen, die nationale Frage der Deutschen zu stellen, noch aus der Verantwortung, die wir alle und die beiden deutschen Regierungen tragen, uns und den Nachbarn den Frieden zu bewahren.

(-/15.6.1982/ks/rs)



Nahostkonflikt am Verhandlungstisch lösen
-----**Israel wird nur in Frieden leben, wenn es die Rechte der Palästinenser anerkennt**

Von Klaus Thüsing MdB

Mitglied der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe

Den fünften Nahostkrieg führt Israel gegen etwas, daß es nach offizieller Lesart gar nicht gibt: das palästinensische Volk und seine in der PLO zusammengefaßte politische, wirtschaftliche und militärische Organisation im Libanon. Der Mordanschlag auf den israelischen Botschafter in London, Schlomo Argov, für den die PLO jede Verantwortung ablehnt, lieferte den offensichtlich lang gesuchten Anlaß, um im Schatten des Falkland-Konfliktes die PLO zu zerschlagen. Das zunächst verkündete Kriegsziel, die PLO aus einem 40 Kilometer breiten Streifen im Südlibanon zu vertreiben, um so zukünftig einen Beschuß israelischer Siedlungen zu verhindern, entpuppte sich als nachrangig. Seit einem Jahr herrschte übrigens an der Nordgrenze Israels ein von UN-Truppen kontrollierter Waffenstillstand, der erst nach den massiven Luftangriffen Israels auf den Süden Beiruts mit über 120 Toten gebrochen wurde; mit dem Beschuß israelischer Siedlungen.

Die Bilanz der israelischen Angriffe zu Luft und Land ist schrecklich: Unter der Zivilbevölkerung im Libanon gab es über 10.000 Tote und zehntausende von Verwundeten; über 100.000 Menschen verloren jegliches Obdach; nahezu eine halbe Million Menschen befindet sich auf der Flucht. Die Flüchtlingslager der Palästinenser im Libanon gibt es nicht mehr. Sie wurden zerschossen, zerbombt und gesprengt. Die Israelis haben nach eigenen Angaben etwa 120 tote Soldaten zu beklagen.

Mit dem Angriff hat sich Israel erneut für den Weg der Gewalt entschieden; versucht, die palästinensische Frage so zurechtzubomben, daß sie mit der Ideologie übereinstimmt, die in den Palästinensern ein Flüchtlingsproblem sieht und nicht ein Volk, das um seine nationalen Ansprüche gebracht wurde. Mit Bomben und Panzern aber werden die legitimen Rechte eines Volkes von vier Millionen auf staatliche Existenz und eine menschenwürdige Zukunft nicht zu zerschlagen sein. Über 10.000 Tote weisen nicht den Weg zum Frieden und Ausgleich der Interessen.

Es kommt darauf an, erneut Partei zu ergreifen für eine Politik, die sich nicht der Gewalt verschreibt, sondern politische Lösungen anstrebt. Die Prinzipien unserer Politik sollten klar sein: Es gibt zur Existenz des Staates Israel, der für uns auch immer ein Staat der Überlebenden des Holocaust ist, keine Alternative. Das heißt: Im Zweifel werden wir stets an der Seite Israels stehen. Zur Existenzsicherung Israels ist aber der Friede unerlässlich. Deshalb müssen wir dem blinden Griff zur militärischen Gewalt entgegenreten, mit dem der Teufelskreis nicht durchbrochen werden kann. Die Kernfrage des Nahostkonfliktes muß am Verhandlungstisch gelöst werden. Diese Kernfrage ist die ungelöste nationale Frage der Palästinenser. Israel wird die Idee des palästinensischen Staates nicht militärisch zerstören können. Die Toten im Libanon schreien nach politischer Vernunft und nicht nach immer erneuten Waffengängen mit schrecklichen Opfern und Menschen, die in die Verzweiflung getrieben werden.

(-/15.6.1982/ks/rs)

+ + +



Eisenbahnpolitik für Europa
-----**Die Weichen müssen auf grenzüberschreitenden Verkehr gestellt werden****Von Robert Antretter MdB****Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages****Stellvertretender Landesvorsitzender der Europa-Union Baden-Württemberg**

Ferne Ziele zu erreichen, ist heute nicht mehr allein dem Flugzeug vorbehalten. Faszinierende Plakate fremder Städte in unseren Bahnhöfen, europäische Städte auf den Anzeigetafeln und ein europäischer Fahrplan zeigen die Internationalität der Schiene. Auf den Bahnsteigen Reisewagen ausländischer Bahnen, die eine weite Reise hinter sich haben; in den Zügen Bürger aus ganz Europa! So stellt sich die Frage, ob wir angesichts dieser Entwicklung überhaupt eine neue europäische Eisenbahnpolitik benötigen.

Tatsache ist, daß unsere Eisenbahnen in Europa für unser gesamtes Verkehrssystem eine erhebliche Bedeutung haben. Sie sind in der Regel nicht nur öffentliche Unternehmen, für die der Staat als Eigentümer erhebliche finanzielle Mittel aufwendet, sondern sie arbeiten umweltfreundlich sowie raum- und energiesparend. Bei der Beförderung über weite Strecken, insbesondere von Massengütern, sind sie der geeignetste Verkehrsträger und daher volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch in den meisten europäischen Ländern nicht zu ersetzen. Diese Tatsache verlangt aber auch dort, wo die Marktmechanismen nicht greifen, politischen Flankenschutz, um den Fortbestand der Bahnen in Europa zu garantieren.

Im Dezember 1981 hat der EG-Rat im Rahmen einer Entschließung die EG-Kommission um sofortige Aktionen ersucht, die unter anderem auf die Fragen der künftigen Organisation des Huckepackverkehrs, der Gestaltung und des Ausbaus des Containerverkehrs sowie der Verbesserung des grenzüberschreitenden Personenschnellverkehrs abzielen. Sinn und Zweck dieser Aktion ist es, die Konkurrenzfähigkeit unserer Bahnen zu stärken und sie aus der Sicht der Verkehrsnutzer attraktiver zu machen. Die Bahn muß also in der europäischen Dimension zu einer echten Alternative bei der freien Wahl des Verkehrsmittels in unserer kontrollierten Wettbewerbsordnung werden.

Die Bahn spielt hier zwar eine vorrangige Rolle, das kann aber nicht heißen, daß sie Privilegien bei politischen Entscheidungen genießt. Auch die Bahnen sind im gesamten Verkehrssystem ein Verkehrsträger und Entscheidungen zugunsten oder zu Lasten eines Verkehrsträgers, wie beispielsweise der Straße, wirken sich direkt oder indirekt auch auf die Schiene oder andere Verkehrsträger aus. Als Beispiel sei hier auf die höchstzulässigen Maße und Gewichte der Nutzfahrzeuge hingewiesen; ein Problem, das natürlich in erster Linie den Straßengüterverkehr betrifft, aber das auch erhebliche Auswirkungen auf Betrieb und Organisation der Bahnen hat, denn ein höheres Gesamtgewicht eines Lkw bedeutet für den kombinierten Verkehr größere und schwerere Wagen, andere Umschlagseinrichtungen, Veränderungen in Spedition und Lagerei und natürlich auch bei der Schiene selbst, wie dem Oberbau des Schienenbettes und dem Profil von zu durchfahrenden Tunnels.

Eine europäische Verkehrspolitik für die Eisenbahnen kann natürlich nur bedingt zu einer Verbesserung der finanziellen Verhältnisse beitragen. Es gibt nirgends auf der



Welt eine Bahn, die mit Gewinn arbeitet. Dies darf aber nicht eine Schraube ohne Ende werden, das heißt unsere Bahnen dürfen nicht zu einem unkalkulierbaren Haushaltsrisiko werden. Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Rationalisierung und Steigerung der Attraktivität muß aber erreicht werden, daß der Kostendeckungsgrad sich bei den Bahnen erhöht und damit die finanzielle Belastung der Eigentümerstaaten eingeschränkt wird. Nur in dieser Erwartung kann der Deutsche Bundestag die hohen finanziellen Leistungen an die Bahnen vertreten.

Eine aktive Eisenbahnpolitik läßt sich nur schrittweise in die Tat umsetzen. Die energie- und umweltpolitischen Vorteile der Bahn, ihre hohe Kapazität und Funktionsfähigkeit auf langen Strecken sind Anlaß genug, schon heute Entwicklungen einzuleiten, die es unseren Bahnen in Europa erlauben, auch in der Zukunft die ihnen zukommende Rolle im internationalen Verkehr wahrnehmen zu können. Ich meine, daß es an der Zeit ist, jetzt die entsprechenden Weichen zu stellen, um zu vermeiden, daß wir uns einer Entwicklung wie in den USA in den letzten 20 Jahren gegenübersehen, an deren Folgen die amerikanische Wirtschaft noch heute zu tragen hat. Der Verkehrspolitiker kann hier das Feld für in diese Richtung zielende Entscheidungen vorbereiten, aber auch die Bahnen selbst sind zu einer Verstärkung ihrer Zusammenarbeit untereinander aufgerufen. Das heißt, daß ein modernes Bahnmanagement die Bedeutung der Bahn nicht nur bis zur nationalen Grenze, sondern grenzüberschreitend sehen muß. Das heißt aber auch, vom nationalen Streckendenken Abstand zu nehmen und nach neuen Formen der Zusammenarbeit zu suchen, die zu einem Ausgleich der finanziellen und betrieblichen Interessen führen. Es gibt hier bereits einige erfolgversprechende Vorläufer.

In dieser Hinsicht kann die Eisenbahnentschließung des Rates vom 15. Dezember 1981 als wegweisend betrachtet werden. Mit der darin vollzogenen Trendwende kommt zum Ausdruck, daß in der Energie- und Umweltfreundlichkeit, der Leistungsfähigkeit bei Schwer- und Massenguttransporten sowie dem vorhandenen Schienennetz von der Europäischen Gemeinschaft zu Recht in der Schiene ein Potential gesehen wird, dessen Nutzung zu den wesentlichen Zielen einer künftigen europäischen Verkehrspolitik gehören muß. In diesem Sinne ist allen Bahnen in Europa eine erfolgreiche Zukunft sicher.

(-/15.6.1982/ks/rs)

+ + +



DOKUMENTATION

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Björn Engholm, führte beim Empfang der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD für die Wirtschaftsverbände am Dienstag in Bonn zum Thema "Ausbildungsplätze" unter anderem folgendes aus:

Betriebe, die ausbilden können, müssen dies auch tun

Wir haben in der Bundesrepublik in Handwerk, Industrie und Handel rund 400.000 ausbildende Betriebe. Daneben gibt es allerdings mindestens eine ebenso große Zahl von Betrieben, die nicht ausbilden, teils weil sie das tatsächlich nicht können, teils weil sie sich noch nicht dazu entschließen konnten. Wir müssen alle Betriebe, die eine Ausbildung leisten können, auffordern, hier in diesem Jahr ihre Verantwortung voll wahrzunehmen. Denn dieses Jahr ist ein Jahr, in dem ein geburtenstarker Jahrgang in die Ausbildung strebt. Wir müssen allein aufgrund der Tatsache der größeren Besetzung dieses Jahrgangs über 30.000 Jugendliche mehr auf dem Ausbildungsmarkt unterbringen, das heißt fast jeder zehnte Betrieb von den genannten 400.000 müßte nicht nur alle "alten" freiwerdenden Ausbildungsplätze voll neu besetzen, sondern auch jeweils einen zusätzlichen Ausbildungsplatz völlig neu anbieten.

Das ist eine besondere Anstrengung. Doch die ist nötig. Deshalb hat der Bundeskanzler unlängst an die 100 führenden Unternehmen geschrieben, um zu solchen besonderen Anstrengungen aufzufordern. Auch der Bundespräsident hat an die Unternehmen appelliert. Auch Herr Wolff und Herr Esser haben das wiederholt getan. Ich würdige das durchaus. Mich beunruhigt jedoch sehr, daß nach der verfügbaren Datenlage der Erfolg all dieser Appelle bisher immer noch nicht erkennbar ist.

Wenn man das Problem diskutiert, sehen ja nahezu alle bald ein, daß man mit diesen geburtenstarken Jahrgängen auch auf Vorrat ausbilden kann und muß. Nach 1985 werden die Jahrgangsstärken sehr bald sehr rapide abnehmen. Vermutlich wird man dann wieder den "roten Teppich" für die Auszubildenden herausholen müssen. Aber von der Einsicht in die längerfristigen Erfordernisse bis zur Entscheidung für zusätzliche Ausbildungsleistungen im Betrieb heute, ist es meist ein weiter Weg. Und auf diesem Weg steht immer der heilige Florian, der sagt: "Laß doch die anderen ausbilden". Angesichts des Ernstes des Problems und angesichts des schweren Schadens, den viele Jugendliche nehmen können, wenn sie keinen Ausbildungsplatz erhalten, kann ich mich für diesen Heiligen wenig erwärmen.

Jugendliche, die Schaden nehmen, sind in ganz besonderem Maße die, die bereits mit Benachteiligungen in den Wettbewerb um die Ausbildungsplätze hineingehen. Das sind die Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß, das sind in hohem Maße auch die jungen Ausländer bei uns, das sind Sonderschulabgänger und zum Teil auch Drogengeschädigte. Wir haben immer noch rund zehn Prozent der Jugendlichen eines jeden Jahrgangs, die keinen Hauptschulabschluß erreichen. Früher war die Zahl höher, aber auch heute noch gibt sie Anlaß zu schwerer Sorge und zu zusätzlichen Anstrengungen.

Deshalb ist es ein wichtiger Bestandteil der Gemeinschaftsinitiative der Bundesregierung, daß damit das Programm des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft für die Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher um 50 Millionen aufgestockt werden soll. Zusätzlich zu den bisher vorgesehenen 3.000 Teilnehmern können damit weitere 1.300 benachteiligte Jugendliche eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf erhalten. Ich will auf die Einzelheiten dieses Programms nicht eingehen, aber hier doch ein Wort zu einigen Kritikern dieser Maßnahme sagen: Wer da einen Angriff auf das duale System sieht, der muß entweder ideologisch ziemlich eng geschürt sein oder - mit Verlaub - uns für Trottel halten, denn einen Angriff auf ein System macht man ja vernünftigerweise nicht gerade mit den Schwächsten.

(-/15.6.1982/ks/rs)

+ + +

